



Am Ende des Tunnels

POLITIK S.3-7

Klimasünder werden zur Kasse gebeten, Finanzmarktregulierungen greifen, globale Strukturen werden neu gestaltet.
Die andere Globalisierung.

pippilotta / photocase.com

lama-photography / photocase.com



Bewegung im Aufwind

Warum der 28. März 2009 so viel veränderte.
SEITE 8

Den Hunger besiegen



Welternährungskonferenz – Diskussionen unterm Affenbrotbaum.
SEITE 4

Beinahe abgewickelt?



Friedensaktivist im Streitgespräch mit Nato-General
SEITE 6

Die neue Machbarkeit

Opel in Belegschaftshand, Banken verstaatlicht: Eine neue Ära beginnt. **VON ROSA GOLDMANN**

Erinnern sie sich noch an letztes Jahr? Die Banken gehörten noch den Aktionären, Afghanistan den Militärs und die Straßen gehörten den dicken Autos. Die Reichen waren noch reich, die Armen arm, und niemand glaubte ernsthaft, dass sich daran etwas ändern könnte.

Sicherlich – ein paar Weltverbesserer wollten schon damals alles ändern. Eine gerechtere Gesellschaft sei möglich, das Ende der Fahnenstange noch nicht erreicht, hieß es. Wenn überhaupt jemand darauf reagierte, dann mit Spott oder Entrüstung: „Unrealistisch, Wunsch-Dir-Was-Politik, unbezahlbar“, war die einhellige Meinung von Chefredakteuren, Professoren und Ministerinnen. Doch um die Meinungsführer von damals ist es längst still geworden. In den vergangenen Monaten wurde ihre Welt derartig auf den Kopf gestellt, dass dem einen oder anderen wohl immer noch schwindelig ist.

Anfangs war es noch harmlos: Die Commerzbank wurde zwar verstaatlicht, über die Geschäftspolitik bestimmten aber weiter die alten Banker. Doch das änderte sich schnell, als weitere Banken vor der Pleite standen, die alten Eliten abgelöst und umfassende Vergesellschaftungen beschlossen wurden. Damit hatte die Politik ein Exempel gesetzt. Alle Beteuerungen, die Banken seien ein Sonderfall, nutzten nichts, als auch die Produktionswirtschaft in eine immer tiefere Krise rutschte. General Motors ging Bankrott und Opel drohte das gleiche Schicksal. Doch anstatt sich abwickeln zu lassen, übernahmen die Beschäftigten in Rüsselsheim das Unternehmen und organisierten sich genossenschaftlich mit

Überbrückungskredit der Regierung. Doch es kam noch besser: Zusammen mit Gewerkschaften und Umweltverbänden wurde ein vollständig neues Unternehmenskonzept entwickelt. Vergangene Woche liefen die ersten umweltfreundlichen Nahverkehrs-Triebwagen bei Opel vom Band.

Sicherlich – ohne Druck von der Straße, wäre es vielleicht auch bei Opel nicht so schnell gegangen. Hunderttausende strömten vergangenen Mai durch die Städte und zwangen die neue Bundesregierung zu ungewöhnlichen Maßnahmen: Staatliche Investitionen in den Nahverkehr, in erneuerbare Energien, Schulen und Sozialsysteme wurden massiv ausgeweitet, Privatisierungen rückgängig gemacht.

Finanziert wurden die öko-sozialen Staatsausgaben mit Hilfe einer ganz neuen Verteilungspolitik: Sonderabgaben für große Vermögen und eine tief greifende Erbschaftssteuer wurden eingeführt, das neue Steuersystem belastete auf einmal die Reichen und Gewinneinkommen. „Wenn der politische Wille da ist, ist es gar nicht so schwer“, zeigte sich der Bundesfinanzminister damals verblüfft.

Nachdem der „Krieg gegen den Terrorismus“ von US-Präsident Barack Obama offiziell für beendet erklärt wurde, wächst zudem der Druck, die Militäretats zugunsten von Sozialausgaben massiv zu kürzen. Erste Schritte in diese Richtung zeigen sich bei den Verhandlungen über einen neuen EU-Vertrag.

Die größte Wirtschaftskrise seit der großen Depression hat sich zugleich als Chance für einen tiefen globalen Wandel gezeigt. Die Zukunft ist wieder offen.

Zeit der Abrechnung

G20-Staaten einigen sich auf Vermögensabgabe und globale Mindeststeuern. **VON HARALD SCHUMANN**

Unter dem Eindruck der eskalierenden Verschuldung ihrer Staatshaushalte haben die Finanzminister der G20-Staaten bei ihrer jüngsten Verhandlungsrunde in der brasilianischen Hauptstadt weitreichende Vereinbarungen über die Besteuerung großer Privatvermögen und internationaler Unternehmen getroffen. Gleichzeitig erzielten die Regierung Einigkeit über einschneidende Maßnahmen zur Bekämpfung der Steuerflucht in die verbliebenen Niedrigsteuergelände in der Karibik sowie Singapur und Hongkong.

Angesichts der dramatisch angewachsenen Zahl von Arbeitslosen in beinahe allen Wirtschaftsregionen der Welt und den damit einhergehenden hohen Sozialausgaben sei es unabwendbar geworden, dass „die Gewinner des Booms“ aus der Zeit vor dem globalen Banken-Crash „zur Finanzierung der sozialen Lasten herangezogen werden“, begründete der brasilianische Finanzminister und derzeitige Vorsitzende des G20-Finanzausschusses, Guido Mantega, die gefassten Beschlüsse. Diese sehen unter anderem vor, dass alle beteiligten Regierungen auf Privatvermögen von mehr als einer Million Dollar eine einmalige Abgabe in Höhe von fünf Prozent erheben. Darüber hinaus einigen sich die Minister auf die Einführung eines Mindeststeuersatzes auf Unternehmensgewinne und Kapitalerträge in Höhe von 25 Prozent.

Um zu vermeiden, dass Vermögensbesitzer und Unternehmen auf Niedrigsteuergelände in der Karibik und Ostasien ausweichen, beschlossen

die Minister zudem, all jene Staaten, die weiterhin am Geschäft mit Steuerflucht und Bankgeheimnis festhalten, den Zugang zu den internationalen Kapitalmärkten zu sperren. Im Konfliktfall, so erläuterte EU-Finanzkommissar Peer Steinbrück, solle Banken, die weiterhin Geschäftsbeziehungen mit den so genannten Offshore-Zentren unterhalten, ihre Lizenz für die Tätigkeit im Euro- und Dollarraum entzogen werden. Ohne ein Konto bei der Europäischen Zentralbank oder der US-Notenbank Federal Reserve könne keine internationale Bank bestehen. Darum sei er zuversichtlich, dass die Maßnahmen greifen werden, sagte Steinbrück. Mit den Beschlüssen werde umgesetzt, „was Kritiker der rein marktgesteuerten Globalisierung schon seit Jahren fordern“, erklärte dazu ein Sprecher des jüngst gegründeten Europa-Sekretariats von Attac in Brüssel. Letztlich seien die Steueroasen „schon immer nichts anderes gewesen, als exterritoriale Gebiete auf den Festplattenspeichern der Banken in New York, London oder Hongkong.“ Dies gelte erst recht, seitdem die Schweiz als wichtigster Steuerfluchtstaat ausgefallen sei. Die Berner Regierung hatte schon zum Jahreswechsel offiziell das Ende des Bankgeheimnisses für ausländische Kontoinhaber und die volle Kooperation mit deren Steuerbehörden beschlossen. Darauf hatten die EU-Regierungen bestanden, nachdem die Schweiz die Großbank UBS nur noch mit Hilfe von Krediten der Europäischen Zentralbank und des Internationalen Währungsfonds vor dem Zusammenbruch bewahren konnte.

Fortsetzung auf Seite 6

PROMINENT IGNORIERT



Hartmut Mehdorn, ehemaliger Chef der Deutschen Bahn, bewarb sich beim Klimarat der Vereinten Nationen für einen Beiratsitz. Er wurde abgelehnt, nicht nur, weil er per Inlandsflug zum Vorstellungsgespräch kam.

DIE ZEIT

Neu gegründet 2010
c/o Attac Bundesbüro, München
Frankfurt/M.
www.attac.de

Redaktion u. Vi.S.d.P.: Fabian Scheidler, Jutta Sundermann

Layout: Jule Axmann

Anzeigen: Michael Friedrich, Thomas Pfaff, Fabian Scheidler

Anzeigen-Layout: Constanze Jakob, Helma Janssen

Lektorat/Korrektur: Frauke Distelrath, Stephanie Handmann

Druck: Caro-Druck, Frankfurt

Online-Ausgabe: www.die-zeit.net
Umsetzung: Nico Wehnmann

Dank an THE YES MEN für die Inspiration durch ihre New York Times vom 4. Juli 2009, im Netz unter: www.nytimes-se.com

Dank an alle, die das Erscheinen dieser Ausgabe möglich gemacht haben, und Dank auch an die, die sie in die Welt hinaus tragen. Ihr seid toll.

NR.

18



65. Jahrgang

WORTE DER WOCHE

»Ich fass' es nicht: Die wollen all das Öl im Boden lassen!«

Gazprom-Mitarbeiter Gerhard Schröder nach Konsultationen in Ecuador und Bolivien.

»Ich werde nicht so schnell das Handtuch ins Korn werfen!«
Ex-Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann auf die Frage eines Journalisten, ob er Berufung gegen seine Verurteilung wegen Steuerhinterziehung einlegen wolle.

»Künftig werden Unternehmen, die weniger als 30 Prozent Frauen im Vorstand haben, aus dem Dax gestrichen!«

Sprecherin der Deutschen Börse auf der Jahrespressekonferenz in Frankfurt.

»Besser zwei Jahre auf Bewährung als 24 Monate Hartz IV.«
Peter Hartz, ex-VW-Vorstand nach einer erneuten Verurteilung wegen Untreue und Begünstigung.

»Gut, dass meine Altersversorgung nicht von den Finanzmärkten abhängig ist.«
Walter Riester, MdB

»Mehr als 20 Stunden Lohnarbeit pro Woche ist einer zivilisierten Gesellschaft nicht würdig.«
Ex-Arbeitsminister Norbert Blum, nachdem er Florida-Rolf auf Norderney besucht hatte

Besser leben mit weniger Wachstum

Eine gemeinsame Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung und des Freiburger Öko-Instituts hat ergeben, dass auch bei stagnierendem oder sogar sinkendem Bruttoinlandsprodukt (BIP) ein Zuwachs an Lebensqualität für die Bevölkerung im Prinzip möglich ist.

Da das BIP nur Geldströme misst ohne Rücksicht darauf, was auf welche Weise produziert wird, würden dabei auch gemeinwohlschädigende Aktivitäten als positiver Zuwachs verbucht. In vielen Bereichen, so die Autoren der Studie, überstiegen die Schäden des Wachstums bereits den Nutzen. Die beständige Zunahme des LKW-Verkehrs beispielsweise verursache Umwelt-, Gesundheits- und Infrastrukturschäden in Milliardenhöhe, werde aber nach wie vor als Plus in den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen verbucht.

Auf der anderen Seite würden viele für die Gesellschaft grundlegende Tätigkeiten überhaupt nicht berücksichtigt wie Haushaltsarbeit, Kindererziehung und ehrenamtliche Tätigkeiten. Das BIP sei daher nicht einfach mit Wohlstand gleichzusetzen.

Tatsächlich habe sich der Zusammenhang zwischen BIP und realer Lebensqualität in Deutschland seit Mitte der 80er Jahre umgekehrt: Trotz moderat wachsendem BIP ist die Arbeitslosigkeit seither massiv gestiegen, die ungleiche Verteilung von Einkommen hat sich zugespitzt, Arbeitszeit und Belastung am Arbeitsplatz nehmen für die meisten Menschen ebenso zu wie umweltbedingte Gesundheitsrisiken.

Im Umkehrschluss heiße dies aber nicht, dass sinkendes BIP automatisch zu mehr Lebensqualität führt. Im Gegenteil: Unter Bedingungen kapitalistischer Produktion verschärfe bereits ein Nullwachstum die sozialen Gegensätze.

Voraussetzung für einen Wandel hin zu mehr Lebensqualität auch bei stagnierendem oder sinkendem BIP sei daher eine Zunahme nicht profitorientierter Unternehmen am gesamten Wirtschaftsvolumen sowie politische Rahmenbedingungen, die Arbeitszeitverkürzungen und eine gerechtere Verteilung der Einkommen auf nationaler und internationaler Ebene durchsetzen. **FABIAN SCHEIDLER**

Ohne Lobby

Neues Gesetzespaket soll Einfluss von Lobbyisten beschränken und Demokratie fördern **VON ULRICH MÜLLER**

Im Bundestag legt der Untersuchungsausschuss zur Rolle der Finanzlobby beim Entstehen der Wirtschaftskrise heute seinen Abschlussbericht vor. Nach einer Vorabfassung, die der ZEIT vorliegt, kommt der Bericht zu dem Schluss, dass die Finanzbranche und ihre Lobbyorganisationen über Jahre hinweg erheblichen direkten Einfluss auf die Politik hatten. So kritisiert der Bericht zum einen die Rolle der Finanzlobby bei der Entstehung der Krise, z. B. durch die Mitarbeit von Lobbyisten mit Schreibtischen im Finanzministerium an wichtigen Regulierungen wie der Zulassung von Hedgefonds in Deutschland. Andererseits habe die Lobby über großen Einfluss auf die ersten Maßnahmen zur Überwindung der Krise gehabt. Die Bundesregierung habe Expertengruppen wie die Gruppe „Neue Finanzarchitektur“ einseitig besetzt, ausdrücklich wird dabei die problematische Berufung von Otmar Issing hervorgehoben, der zugleich als Berater von Goldman Sachs arbeitete. Der Bericht kritisiert auch die zu engen Verflechtungen zwischen Politik und Finanzindustrie, gerade auf Ebene der Staatssekretäre. Zur Überwindung der Krise seien nicht nur neue Regeln für die Finanzmärkte

nötig, sondern auch Regeln, um den Einfluss der Lobbyisten einzudämmen.

Es wird allgemein erwartet, dass der neue Bericht die Verabschiedung des neuen Gesetzespakets „Mehr Demokratie – Schranken für Lobbyisten“ beschleunigen wird. Teile des Pakets sind ein vollständiges Verbot der Mitarbeit von Lobbyisten direkt in den Ministerien und Karenzzeiten für Regierungsmitglieder. Ein fliegender Wechsel von Politikern in Lobby-Tätigkeiten wie im Falle von Gerhard Schröder (SPD) zu Gazprom oder Otto Wiesheu (CSU) zur Deutschen Bahn soll der Vergangenheit angehören. Zugleich sieht das Gesetz stärkere politische Beteiligungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger vor und eine Förderung der politischen Bildung bereits in der Schule. Bereits vor zwei Monaten hatte der Bundestag die Einführung eines verpflichtenden Lobbyistenregisters beschlossen, in dem alle Lobbyisten ihre Auftraggeber und Budgets offen legen müssen.

Das Bundesfinanzministerium kündigte bereits erste Konsequenzen an. „Wir werden uns aus Lobbygruppen wie der ‚Initiative Finanzstandort Deutschland‘ zurückziehen“, erklärte ein Ministeriumssprecher. Die

Verflechtung zwischen privatwirtschaftlicher Lobbygruppe und staatlichen Institutionen gefährde die Gemeinwohl-Verpflichtung des Staates. Es müsse wieder klare Grenzen zu Lobbygruppen der Wirtschaft geben.

Eine Sprecherin der zivilgesellschaftlichen Allianz für Demokratie begrüßte diesen Schritt, mahnte aber die schnelle Umsetzung weitreichender Reformen an. „Wir brauchen eine umfassende Demokratisierung, Regierung und Parteien müssen stärker auf die Interessen aller Menschen achten, statt einseitig auf finanzstarke und einflussreiche Lobbyorganisationen zu hören“. Die Allianz hatte mit ihren Protesten und Recherchen maßgeblich zur Einrichtung des Untersuchungsausschusses und Entwicklung des Gesetzespakets beigetragen. Sie plant für heute zahlreiche dezentrale Aktionen im Regierungsviertel. Die Initiative LobbyControl, Gründungsmitglied der Allianz, stellt in diesem Rahmen die vierte Auflage ihres lobbykritischen Stadtführers „LobbyPlanet Berlin“ vor.

Mehr dazu unter www.lobbycontrol.de

Deutschland schreit nach Reformen.



Als dieser Junge 2009 auf die Welt kam, hatte er schon 50.000 Euro Schulden. Weil unser Staat den Banken, die für die größte Wirtschaftskrise seit 1929 verantwortlich sind, zur Rettung zig Milliarden Euro spendierte. Das musste sich ändern, weil wir weder diesem noch anderen Babys weitere Schulden aufbürden können.

Deshalb haben wir uns erfolgreich für eine wirksame Kontrolle der Finanzwirtschaft eingesetzt. Dank der von uns angeregten großen Wirtschafts- und Steuerreform werden die Kosten der Krise jetzt von denen bezahlt, die sie verursacht haben: den Banken und Aktionären, die vorher in Zeiten des

Neoliberalismus Rekordgewinne eingefahren hatten. 20 Jahre hatten sie eine gigantische Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von Arm zu Reich betrieben. Wir helfen, das rückgängig zu machen.

Gut, dass eine marktradikale Lobbyorganisation wie die ‚Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft‘ (INSM) sich gerade aufgelöst hat. Ihre Ideologie ist – für alle sichtbar – gescheitert.

Wir laden alle Bürger ein, sich weiter an der Diskussion um ein neues, zukunftsfähiges Wirtschaftssystem zu beteiligen.

Denn nur so gibt es Chancen für alle!

CHANCEN FÜR ALLE 
Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft

Editorial

Sie werden sich wundern, dass in dieser Ausgabe der ZEIT manches anders ist als sonst. Nicht nur die großen Veränderungen in der Welt haben uns dazu bewegt, sondern auch Veränderungen in unserer Redaktion und unserem Selbstverständnis.

Unsere Philosophie war lange: Meinungen gestalten statt investigativ zu berichten. Auch wenn wir hin und wieder fundierte Artikel über die Klimakatastrophe oder Ausbeutungsverhältnisse in der globalisierten Wirtschaft brachten, so haben wir uns doch mehr als Teil der Macht verstanden denn als ihr kritischer Gegenpart.

So erklärt es sich auch, dass unsere Chefredakteure und ich als stellvertretender Chefredakteur in zahlreichen Elitezirkeln vertreten waren, die die Öffentlichkeit scheuen wie der Teufel das Weihwasser. Ich selbst habe seit 1997 an den sogenannten Bilderberg-Konferenzen teilgenommen, in denen sich Persönlichkeiten wie Josef Ackermann, Henry Kissinger, Klaus Zumwinkel, Paul Wolfowitz und viele andere treffen, um darüber zu diskutieren, welches Schicksal sie der Welt zudenken wollen. Unter dem Siegel der Verschwiegenheit dürfen auch eine Reihe von Medienvertretern dem erlauchten Kreis angehören. Sie sehen: Die Idee der „embedded journalists“ gibt es nicht nur im Irak. Ich habe jedes Jahr teilgenommen und kein einziges Mal darüber berichtet. Heute frage ich mich, wie wir damals zu einer solchen Verletzung von journalistischem Ethos fähig waren.

Theo Sommer, unser langjähriger Chefredakteur, vertrat DIE ZEIT vor mir in diesem Zirkel. Ein einziges Mal hat er Jahre später im Magazin message etwas dazu gesagt:

„Für Deutschland saßen im Lenkungsausschuss immer zwei Leute: einer, der den intellektuellen Input brachte, der sagte: Das wäre ein Thema, das wäre ein Redner. Und einer, der die Finanzen besorgte, der Fundraising betrieb bei Banken und großen Unternehmen. Lange Zeit war ich der ideelle Part und der finanzielle war Alfred Herrhausen.“

Theo Sommer war außerdem – ebenso wie Helmut Schmidt – regelmäßiger Teilnehmer der trilateralen Kommission, einem weiteren Elitezirkel, etwas weniger geheimnisträgerisch als Bilderberg, aber auch nicht ohne Brisanz. Hier treffen sich EU-Kommissare, Notenbankpräsidenten, Top-Manager von Konzernen wie Carlyle, JPMorgan-Chase, höchststrangige Militärs, BDI-Vertreter usw. Auch darüber haben wir so gut wie nie berichtet.

Natürlich darf man diese Konferenzen nicht überschätzen. Sie sind keine geheime Weltregierung, sondern – ebenso wie die regelmäßigen Treffen in Davos und andere informelle Elite-Treffen – Teil eines Netzwerks, in dem Vertreter von Staat, Kapital und Militär versuchen, ihre Interessen jenseits demokratischer Kontrolle zu koordinieren und geltend zu machen.

Diese Netzwerke werden zu einem ernsthaften gesellschaftlichen Problem, wenn darüber keine Auseinandersetzung statt findet. Wenn diejenigen, die darüber berichten könnten, sich schweigend am Büffet gütlich tun, werden demokratische Prozesse konterkariert.

Für die Redaktion der ZEIT ist es ein Anliegen, mit diesem Schweigen zu brechen und an die Seite der interessierten und wachen Bürgerinnen und Bürgern zurückzukehren. Unsere Aufgabe als Journalisten besteht nicht darin, mit am Tisch zu sitzen, sondern zu berichten und kritische Fragen zu stellen. Das werden wir in Zukunft tun. **MATTHIAS TROCKEN**

Klagewelle gegen Klimasünder

Eine Prozesslawine rollt auf die Hauptverursacher des Klimawandels zu und setzt sie unter Zugzwang.

VON FABIAN SCHEIDLER

Eine Reihe von Prozessen von Opfern des Klimawandels gegen die Haupttäter sorgt zurzeit für Aufregung nicht nur unter Juristen sondern auch in Vorstandsetagen und Ministerien. Der jüngste Fall war die Klage von Opfern eines Gletscherseeausbruchs in Nepal gegen mehrere Automobilkonzerne, darunter Daimler, Ford und VW. Der District Court in Chicago, Illinois, erkannte am vergangenen Mittwoch die von dem Ankläger Matt Pawa dargelegte Verursachungskette grundsätzlich an – von der Emission von Treibhausgasen über globale Erwärmung, Schmelze der Himalaya-Gletscher bis zum Bersten des Gletschersees im September 2009. Der Ausbruch hatte damals etwa dreitausend Menschen das Leben gekostet und 35.000 um ihre Existenzgrundlagen gebracht.

Den Autoherstellern wurde aufgrund ihrer aggressiven Vermarktung spritfressender Autos eine Schadensersatzzahlung von insgesamt 1,5 Milliarden Dollar an die Überlebenden der Katastrophe auferlegt sowie die Verpflichtung zum Bau sparsamerer Modelle.

Nicht nur gegen Unternehmen sondern auch gegen Staaten werden vermehrt aussichtsreiche Prozesse geführt. Nach dem Teilerfolg der Klage von Inuit aus Alaska gegen die US-Regierung im Jahre 2007 wegen der Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen durch die fortschreitende Erwärmung haben sich inzwischen auch eine Reihe von Südsee-Inselstaaten zu einer Klage gegen die Hauptverursacherstaaten vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag entschlossen. Vielen Inselstaaten droht durch den steigenden Meeresspiegel der Untergang ihres Territoriums.

Grundlage für solche Prozesse von Staaten gegen Staaten ist die so genannte „no harm rule“ im Völkerrecht, nach der Staaten es nicht zulassen dürfen, dass von ihrem Territorium Beeinträchtigungen ausgehen, die

andere Staaten schädigen. Bisher waren solche Klagen allerdings aufgrund von politischem Druck unterblieben. Mittlerweile entwickeln jedoch die vom Klimawandel besonders hart betroffenen Länder des Südens neues Selbstbewusstsein und lassen sich die Tatenlosigkeit und Arroganz der Industrieländer nicht länger bieten.

Der erste große Schritt in diese Richtung fand in Kopenhagen statt. Beim Weltklimagipfel im Dezember 2009 hatte sich eine Gruppe von afrikanischen, asiatischen und lateinamerikanischen Ländern zusammenschlossen und die Bremser der EU, der USA, Russlands und anderer Industriestaaten herausgefordert: Sie bestanden auf einem Reduktionsziel von 40 Prozent in den Industrieländern bis 2020.

Ihre Forderungen wurden von massivem zivilgesellschaftlichen Widerstand unterstützt: Mehr als 100.000 Aktivistinnen und Aktivisten aus aller Welt waren nach Kopenhagen gekommen und blockierten für 48 Stunden das Kongresszentrum vollständig.

Kurz vor dem Scheitern der Verhandlungen stimmte die EU in einem entscheidenden Schritt dem 40-Prozent-Ziel zu. Die US-Delegation, Russland, Kanada und Australien waren gezwungen zu folgen, um nicht als Verhinderer dazustehen. Auch China war erstmals zu verbindlichen Reduktionen bereit.

Trotzdem blieben Bedenken über die Wirksamkeit des Abkommens. Denn der Emissionshandel erlaubt es den Industrieländern, einen großen Teil der Reduktionen nicht im eigenen Land vorzunehmen sondern durch den Einkauf von Emissionsrechten. Immer mehr Experten gehen davon aus, dass dadurch nicht, wie oft behauptet, die Kosten des Klimaschutzes sinken, sondern vor allem Verschmutzungsrechte für die Industrien des Nordens gesichert werden.

Auch aus diesem Grund ist die Klagewelle gegen Hauptverursacher des Klimawandels von großer Bedeutung. Je mehr dieser Klagen Erfolg haben, desto deutlicher setzt sich im internationalen Klimarecht das Verursacherprinzip durch: Staaten und Unternehmen können sich dann nicht mehr über intransparenten Zertifikatehandel freikaufen, sondern werden statt dessen direkt in die Haftung genommen und müssen für die von ihnen verursachten Schäden bezahlen.

Einige Unternehmen haben die Zeichen der Zeit offenbar erkannt. Ein Sprecher des Reiseunternehmens TUI sagte: „Wer jetzt noch klimaschädigende Fernreisen anpreist, muss später mit massiven Schadensersatzklagen rechnen. Frühere Milliardenförderungen gegen die Tabakindustrie und die Asbestindustrie werden dagegen wie Peanuts aussehen.“

Noch deutlicher äußerte sich der Belegschaftssprecher der Opel-Werke, die nach dem Beinahe-Konkurs im vergangenen Jahr verstaatlicht und später auf Druck der Belegschaft in eine Genossenschaft überführt wurden: „Die gesamte Automobilbranche muss konvertiert werden. Anstelle von ressourcenintensivem Individualverkehr müssen wir den Schwerpunkt auf öffentliche Transportmittel auf der Basis erneuerbarer Energien verlagern. Sonst hat die Branche keine Zukunft.“

„Die Klagen erhöhen den politischen Druck auf die Verursacher, endlich einschneidende Klimaschutzmaßnahmen zu ergreifen statt die Weltöffentlichkeit mit vagen Versprechungen hinzuhalten. Auch die Bundesregierung wird sich bewegen müssen – etwa mit einem Verbot für den Bau neuer Kohlekraftwerke“, so die Hamburger Anwältin Roda Verheyen, Mitbegründerin des Climate Justice Programms.

Informationen zum Climate Justice Programm unter www.climatelaw.org

Abschied von Atom und Kohle

Die Bundesregierung will eine Energiewende-Agentur gründen

VON CHRIS METHMANN

BERLIN
In seiner gestrigen Sitzung hat das Bundeskabinett die Gründung einer Energiewende-Agentur beschlossen. Ein Regierungssprecher erläuterte: „Um möglichst schnell die neuen strengen Klimaschutzvorgaben erfüllen zu können, muss ein staatlicher Eingriff in den Energiemarkt vorgenommen werden. Über die Agentur werden wir alle klimaschädlichen Energiequellen bündeln und dem Strommarkt entziehen. Wir wollen damit die fossile und atomare Energiewirtschaft endgültig abzuwickeln.“

Mit der Energiewende-Agentur will die Koalition eine der zentralen Vorgaben des Post-Kyoto-Protokolls umsetzen, das im Dezember 2009 in Kopenhagen vereinbart wurde.

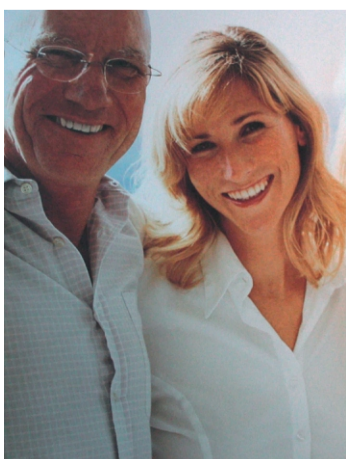
Mehrere zehntausend Menschen hatten damals die Regierungschefs mit gewaltfreien Blockaden so lange in ihrem Tagungsort eingeschlossen, bis diese ein brauchbares Ergebnis zustande brachten. Am Ende hatten sich die Staatenlenker schließlich auf eine Reduktion der Treibhausgasemissionen der Industrieländer um 40 Prozent bis 2020 geeinigt. Um dieses Ziel zu erreichen, muss die fossile Energiewirtschaft in den nächsten 20 Jahren beendet werden.

Zu Jahresbeginn hatte die Bundesregierung sich zunächst geweigert, diese Vorgaben umzusetzen. Einige Schwellenländer wie China und Brasilien drohten daraufhin mit einem Verfahren vor dem neu eingerichteten Streitschlichtungsorgan. Bei einem Sieg vor dem UN-Klimagericht hätten diese Länder empfindliche Strafzölle auf klimaschädliche Produkte aus Deutschland erheben können.

Nicht zuletzt auf Druck der deutschen Autoindustrie, die um ihren Exportabsatz bangt, erklärte sich die Bundesregierung schließlich bereit, die „Energiewende-Agentur“ einzurichten. Im Gegenzug muss die Autolobby deutlich strengeren Emissionsgrenzen für ihre Produkte zustimmen.

Ermöglicht wird der Aufkauf der Kraftwerke durch eine Sondersteuer auf die Gewinne der Energiekonzerne. „Die Gelder für die Verstaatlichung längst abgeschriebener Kraftwerke sind doch Peanuts im Vergleich zu den Unsummen, die den Banken im letzten Jahr hinterher geworfen wurden“, rechtfertigte ein Sprecher des Finanzministeriums in der gestrigen Kabinettsdebatte diesen Schritt. Er sprach sich auch für eine gesetzliche Regelung aus, die allen Menschen ein kostenloses Grundkontingent an Strom und Heizwärme aus erneuerbaren Energiequellen garantiert.

schachspieler / photocase.com



DAMIT UNS DAS LACHEN NICHT VERGEHT

Seit über 20 Jahren machen wir uns für eine integrierte Gesundheitsversorgung in unserer Hand stark – von der Wiege bis zur Bahre. Dank elektronischer Gesundheitskarte und der Konzentration von Privatkliniken, Privatkassen und Versorgungszentren unter unserem Dach haben wir eine nahezu vollständige Kontrolle über Patienten und Budgets. Die Aushöhlung des solidarischen Gesundheitssystems hat es uns erlaubt, unrentable Kunden nicht mehr zu

behandeln. Tarifflicht, Lohndumping und Arbeitsverdichtung machten es möglich, stetig mehr aus unseren Mitarbeitern herauszuholen. Das Ergebnis kann sich sehen lassen: 2009 ist der operative Gewinn der Unternehmensgruppe um 30 % auf 680 Millionen Euro gestiegen. Doch damit dies so weiter geht, brauchen wir ihre Unterstützung. Denn inzwischen geht das Gespenst der Bürgerversicherung und der Rekommunalisierung von Krankenhäusern um!

Wachen Sie auf! Helfen Sie uns, diesem Anschlag auf die heilenden Kräfte des Marktes Widerstand entgegenzusetzen. Denn wir wollen nur Ihr Bestes: Ihr Geld.

Ihre Rhön-Asklepios-Helios-Signal-Aventis-Group



Stopp statt Vorfahrt für Agrarkonzerne

Diskussion unterm Affenbrotbaum: Absagen an Welt-handelsorganisation und Gentechnik

VON JUTTA SUNDERMANN

Konzentriert sitzen sie unter dem Baobab-Baum – eine Webcam-Konstruktion am ausladenden Affenbrotbaum ermöglicht es den Delegierten in Mabo in der Region Kaolack im Senegal, ihre Diskussionsergebnisse in ein weltweites Verfahren einzubringen: damit sind die fünfzig Menschen Teil der ersten weltweiten mehrwöchigen Ernährungskonferenz. Die regionalen Ergebnisse werden von Kontinentalräten gewichtet und abge-glichen.

Zum Jahreswechsel hatten die jüngsten Zahlen zu Hunger und Mangel-Ernährung weltweit große Betroffenheit hervorgerufen. Die mangelnde Bereitschaft der Industrieländer, ihre Agrarpolitik zu überdenken, ließ die Vereinten Nationen diesen neuen globalen Verhandlungsprozess anstoßen.

Während in Mabo die Abendsonne das Ende der Hitze ankündigt, erläutert eine alte Bäuerin die Weitergabe des besten Saatguts innerhalb der Dorfgemeinschaft. Sie kritisiert das Weitergabe- und Vermehrungsverbot des mittlerweile gängigen – patentierten Saatguts. Die Versammlung ist sich schnell einig: Patente auf Saatgut sind ein Unding und müssen im Rahmen der Welthandelsorganisation ausgeschlossen werden. Gleichlautende Signale gibt es aus Südamerika, aus Asien und sogar aus Europa.

Damit ist die Wahrscheinlichkeit, die WTO im Agrarsektor noch stärker zurückdrängen zu können, gestiegen. Das Ende des WTO-Agrarabkommens war eine der ersten Entscheidungen der weltweiten Konferenz. Dieses Abkommen über den Handel mit Agrarprodukten – in der Vergangenheit ein ewiger Zankapfel – zwang viele Länder, ihre Grenzen für Billigprodukte zu öffnen und die Zerstörung der eigenen kleinbäuerlichen Strukturen hinzunehmen. Die mächtigsten Verhandlungspartner, allen voran USA und EU, hatten sich gleichzeitig dem Abbau der eigenen Exportsubventionen

und der Öffnung ihrer Grenzen für Importe aus Schwellen- und Entwicklungsländern verweigert.

Die weltweite Kleinbäuerinnen-Organisation La Via Campesina erklärte, sie habe auf allen Kontinenten große Zustimmung für ihre Forderung nach Ernährungssouveränität erhalten: Das Recht aller Länder, ihre Landwirtschafts- und Ernährungspolitik selbst zu bestimmen, soll zum Leitfadens der Agrarpolitik werden. Internationaler Handel wird auch künftig nicht ausgeschlossen, die immense Marktmacht weniger großer Agrarhandels- und Agrarchemie-Unternehmen jedoch massiv zurückgedrängt.

Erbittert streiten vor allem die Teilnehmenden der südamerikanischen Kontinentalkonferenz über die Frage umfassender Landreformen und das Recht auf Zugang zu sauberem Süßwasser. Denn die Bereitschaft der Großgrundbesitzer, Land abzugeben, ist nach wie vor gering.

In Afrika erklären die Menschen einen umstrittenen Vertrag für illegitim. Der südkoreanische Mischkonzern Daewoo hatte ab 2008 für 99 Jahre die Hälfte der Anbauflächen Madagaskars für sich beansprucht. Allein deren Bewässerung für Exportkulturen hätte die Wasser-Versorgung der madegassischen Bevölkerung weiter verschlechtert, von der Lebensmittel-Knappheit ganz zu schweigen.

Der Ausstieg aus der Agrogentechnik wird ein handfestes Ergebnis der Ernährungskonferenz sein. Die Lösung des schwelenden Konflikts wurde durch den Bankrott des US-Gentechnikriesen Monsanto im September vergangenen Jahres deutlich beschleunigt: Wegen der hohen Schadensersatz-Forderungen aus Mexiko konnte kein neuer Investor gefunden

werden. Im Mais-Ursprungsland hatte sich Gen-Mais ausgebreitet und die traditionellen Sorten sowie deren Zucht stark gefährdet. Daraufhin war die Welternährungsorganisation von ihrem „Jain“ zur Gentechnik abgerückt und hatte sich für ein generelles Ende der gentechnischen Manipulation von Pflanzen ausgesprochen. Da Monsanto 90 Prozent des Weltmarktes gentechnisch veränderter Saaten kontrollierte, ist der globale Stopp auch kurzfristig realisierbar.

Das Organisationskomitee erklärt die dezentrale Entscheidungsfindung für erfolgreich und rechnet mit einer Fortsetzung. Denn weitere drängende Probleme können in den verbleibenden fünf Verhandlungstagen nicht abschließend bearbeitet werden. Dazu gehört die Marktmacht der großen Agrarhandelskonzerne und Lebensmittelketten sowie die Notwendigkeit einer drastischen Reduktion der Agrosprit-Produktion inklusive strenger ökologischer und sozialer Auflagen. Um auch über die Begrenzung von Spekulation mit Agrarrohstoffen entscheiden zu können, sollen an den Handelsplätzen Alternativmodelle diskutiert werden. Klimaschützer drängen auf die Behandlung der Massentierhaltung als Risiko für Welternährung, Klima und Menschenrechte.

In Mabo beenden die Delegierten ihren langen Tag mit einem gemeinsamen Essen. Die alte Bäuerin stimmt ein traditionelles Erntelied an und hofft, dass die Konferenz dazu beiträgt, auch in ihrem Dorf den Hunger zu besiegen.

Älteste Spuren der Menschheit gerettet

Die BewohnerInnen von Hasankeyf, einem kleinen Ort in Ostanatolien, jubelten: Der Ilisu-Staudamm wird nicht gebaut!

Jahrelang hatten die Menschen dort und anderswo in Europa gegen den Staudamm und für den Erhalt der ältesten Reste menschlicher Besiedlung gekämpft – neben ökonomischen, ökologischen und sozialen Gesichtspunkten ein starkes Argument gegen das Projekt.

Doch der Reihe nach: Nachdem die Bundesregierung unter starkem öffentlichen Druck ihre Zusage für eine Hermesbürgschaft zurückgezogen hatte, wurde der Firma Züblin das Bauvorhaben zu riskant. Die mitfinanzierende Deka Bank war bereits wenige Monate zuvor infolge der Finanzkrise pleitegegangen.

Gleichzeitig führte der anhaltende Widerstand gegen den Staudamm-Bau im türkischen Umweltministerium zum Umdenken. Noch im Herbst 2008 hatte der zuständige Minister mit Blick auf den EU-Beitritt die Privatisierung der gesamten öffentlichen Daseinsvor-

sorge, inklusive aller Gewässer, für unverzichtbar gehalten. Das Weltwasserforum, eine Lobbyveranstaltung der globalen Wasserkonzerne, wollte die Türkei zum Pilotprojekt für den Verkauf aller Quellen, Seen und Flüsse machen. Doch es kam anders: der massive Widerstand auf Istanbuls Straßen bewegte die türkische Regierung zur Kehrtwende. Hauptargument: Wasser als Grundvoraussetzung für jegliches Leben auf diesem Planeten muss für alle frei zugänglich sein anstatt zur Quelle sprudelnder Gewinne einiger weniger Großkonzerne zu verkommen. Ein politischer Coup wäre die Aufnahme eines Verbotes von Wasservermarktung in die Verfassung: So könnte die Türkei, einstiges Vorzeigemodell neoliberaler Wirtschaftspolitik im eurasischen Raum, zum Vorreiter einer demokratischen und dezentralen Wasserwirtschaft werden.

DOROTHEA HARLIN

Informationen zum Thema im Internet unter www.attac.de/wasser

Lernen jenseits von Selektion und Konformismus

Nach der Protestwelle der letzten drei Jahre reißen die Bildungsstreiks nicht ab. Schüler, Eltern, Lehrer, Studenten und Professoren erstritten an vielen Schulen und Universitäten sichtbare Veränderungen. Klassen und Lerngruppen werden verkleinert, neue Methoden wie informelles Lernen werden ausprobiert. Durch die bundesweiten Demonstrationstage stieg der Druck auf die Politik noch weiter, die überkommenen Strukturen der Bildungslandschaft endlich gründlich zu reformieren. „Wir mussten uns gemeinsam zur Wehr

setzen, es auf den Konflikt ankommen lassen. Unsere Schulen sollten nicht länger Konformitäts- und Selektionsmaschinen sein. Wir wollten nicht länger hören, wir sollten fürs Leben lernen, wenn wir uns damit doch keine realen Entfaltungsmöglichkeiten erarbeiten können“, so eine Schüler-sprecherin der IGS Linden bei der letzten Streikdemo in Hannover. „Aber heute erleben wir täglich, dass wir etwas verändern können.“ Die Wiedereinführung der Lernmittelfreiheit in Niedersachsen macht Mut, wird aber nur als erster Schritt angesehen.

In Celle haben indessen Schülervertreter ein Haus besetzt, nachdem sich die Kommune geweigert hatte, ihnen Räume für eine ständige Stadtschülervertretung zur Verfügung zu stellen. In diesem selbstverwalteten Schülerzentrum unterrichten sich nun Jugendliche mit Lernschwächen und Klassenüberspringer selbst, wobei sie von ehrenamtlich arbeitenden Referendaren unterstützt werden.

CHRISTIAN TIETZ

Mehr Informationen im Internet: www.schulaction.org

Abschaffung der Massentierhaltung EU-konform

BRÜSSEL/BERLIN Die Pläne der Bundesregierung, die Haltungsbedingungen für alle Tiere verpflichtend auf das Niveau der EU-Bioverordnung zu heben, sind mit EU-Recht vereinbar. Der Europäische Gerichtshof wies die angekündigte Klage dreier großindustrieller Schweinefabrikanten bereits im Vorfeld ab. „Damit ist der Weg frei, endlich eine Reihe grausamer Praktiken wie beispielsweise Kastenstände bei Schweinen und Bodenhaltung bei Hühnern in die Geschichtsbücher zu verbannen“, so Frank Wieland, Generalsekretär im Landwirtschaftsministerium. Das Ende der CMA-Kampagnen im Frühjahr 2009 und die statt dessen von der Bundesregierung geförderten neutralen Aufklärungs-

kampagnen über das Leben in Tierfabriken führten zu konstanten Umfragewerten von über 95 Prozent gegen industrielle Tierhaltung.

Selbst in der Bauernschaft stoßen die Pläne auf Zustimmung. „Wir Landwirtinnen und Landwirte möchten im Einklang mit Natur, Fläche und Tieren wirtschaften“, sagte die neue Präsidentin des Deutschen Bauernverbandes, Anne Peters. „Es wird höchste Zeit, uns dazu vom Preisdumping derjenigen abzukoppeln, für die Tierhaltung nur eine Industrie unter vielen ist.“

ERASMUS MÜLLER

Mehr Informationen dazu unter www.nandu.net

Spenden? – Spenden!

Druck und Verteilung dieser Zeitung kosten Geld. Wir sind auf Spenden angewiesen und freuen uns über jede Unterstützung auf unser Spendenkonto: Attac Trägerverein e.V., Konto-Nr. 800 100 800 - GLS Gemeinschaftsbank, BLZ 430 609 67



Tobias Pflüger



Brian Montgomery

„Unsere Welt braucht kein Militär“

Das Ende des Afghanistan-Krieges könnte auch das Ende der Nato einläuten. Ein Streitgespräch.

Nach dem Debakel der Nato in Afghanistan werden die Stimmen, die eine Selbstauflösung des Militärbündnisses fordern, immer lauter. General Brian Montgomery (Deputy Supreme Allied Commander Transformation der Nato) und Tobias Pflüger (Mitglied des Ausschusses für Frieden und Abrüstung im Europa-Parlament) diskutieren über die Zukunft der Nato in einer Welt ohne militärische Interventionen.

TOBIAS PFLÜGER: Selbst wenn wir davon ausgehen, dass wir beide Frieden anstreben, ist klar, dass die Nato in der Vergangenheit stets andere Ziele verfolgt hat und auch in Zukunft dazu nur etwas beitragen kann, indem sie wie jetzt in Afghanistan das Feld räumt.

BRIAN MONTGOMERY: Das ist nicht wahr: Die jetzt eingeleitete Abrüstung ist für viele Nato-Mitglieder nur vor dem Hintergrund der gemeinsamen Verteidigung möglich. Dadurch kann Geld für zivile Maßnahmen wie den Wiederaufbau und humanitäre Hilfe frei werden. Die Nato arbeitet an einer friedlichen Welt mit.

TP: Die Legende vom Verteidigungsbündnis können Sie nicht mehr aufrecht erhalten: Es gibt keine Bedrohung, auf

die sinnvoll mit militärischen Mitteln geantwortet werden kann. Es ist mittlerweile klar, dass die wahren Probleme der Menschheit andere sind. Für in die Zukunft gerichtete Friedensarbeit ist die Nato ungeeignet.

BM: Die Nato hat sich gewandelt: Sie hat beispielsweise den Klimawandel und die Armut als Sicherheitsrisiken erkannt.

TP: Dieser Versuch, sich neu zu legitimieren, ist gescheitert. In Afghanistan hatte sich nach dem Einmarsch die humanitäre Lage verschlechtert. Die zivil-militärische Zusammenarbeit hat die Möglichkeiten zu helfen nur verringert und gefährdet die zivilen Helfer. Deshalb haben sich die meisten Menschen in den Mitgliedstaaten nicht nur gegen diesen Krieg, sondern auch gegen die Nato gestellt. Die Welt der Zukunft kann nicht mit der Nato, nicht mit den eingestauten Denkmustern der Vergangenheit gebaut werden.

BM: Dass viele Regierungen ihre Einstellung zur Nato teilweise überdacht haben, sind kurzfristige Zugeständnisse an die öffentliche Meinung. Über kurz oder lang werden sich die machtpolitischen Interessen der Staaten durchsetzen. Dass die aktuelle Krise die Gestalt der Nato verändert, kann positive Effekte für das Bündnis haben.

Ein Austritt möglicher Blockierer etwa würde zu effektiveren Entscheidungsprozessen und neuen Entwicklungsmöglichkeiten führen.

TP: Sie verkennen das Ziel der neuen Bewegungen: Es geht nicht um eine Transformation dieses Bündnisses, sondern um seine Auflösung. So sehr ich auch die Diskussionen um einen Nato-Austritt etwa in Frankreich und Deutschland begrüße – so lange die Nato besteht, werden wir uns überall gegen dieses Instrument der Beherrschung anderer Staaten und Weltregionen stellen. Es geht nicht nur um die Nato, sondern um den Militarismus, den wir ebenso überall abschaffen müssen.

Machtpolitik und Kriegslogik, die Sie noch eingepflicht bekamen, sind auf dem besten Weg in die Rumpelkammer der Geschichte. Das Militär hat abgewirtschaftet – Sie finden kaum noch Menschen, die sich dieser mörderischen Institution zum Marschieren, Gehorchen und Töten zur Verfügung stellen. Die Bewegung von Soldaten, besonders auch Berufssoldaten, die ihre Verantwortung erkennen und ihr Recht zur Kriegsdienstverweigerung in Anspruch nehmen, zeigt eindrucksvoll die Krise der Nato.

BM: Unsere Kapazitäten reichen trotz der persönlich bedingten Abgänge und

aktuellen Haushaltskürzungen aus. Die Nato wirkt nicht primär über den Einsatz militärischer Mittel, sondern durch die Kooperation mit unseren Partnern. Über Beratung und Innovation beeinflussen wir die Konzepte und Strategien der Sicherheitsinstitutionen.

TP: Das Interesse an dieser Art der Kooperation wird noch abnehmen, wenn wir den enormen Reichtum, der bislang für Rüstung verschwendet wurde, solidarisch und menschlich investieren. Die neue Weltpolitik wird das Gewaltverbot und den Primat der Politik ernsthaft respektieren und nicht zu einer menschenverachtenden, brutalen Politik verkommen. Das Militär hat eine friedliche Welt zu lange verhindert. Unsere Welt braucht kein Militär.

BM: Ich habe jedenfalls keine Angst um meinen Berufsstand und meinen Arbeitsplatz.

TP: Sie haben ja noch viel zu tun mit der Abwicklung der Nato.

Informationen zum nahenden Ende der Nato unter www.imi-online.de

Die multipolare Konstellation

Es knirscht im Gebälk. Die neue Weltwirtschaftsordnung wird nicht von einem großen Bauherrn errichtet. **VON ALEXIS J. PASSADAKIS**

Konnten die USA die Nachkriegsordnung des vergangenen Jahrhunderts fast im Alleingang gestalten, so werden nun auf verschiedenen Ebenen neue Strukturen errichtet. In Lateinamerika, im Nahen Osten und Nordafrika entstehen neue regionale Währungsverbände mit einer gemeinsamen wirtschaftspolitischen Koordinierung. Der Internationale Währungsfonds und die Weltbank – jahrzehntelang Vorreiter von Deregulierung und Privatisierung – haben seit dem Crash ihren Einfluss endgültig verloren. Inzwischen ist unklar, welches Gewicht die Entscheidungen einzelner globaler Institutionen noch haben.

Wenn Regierungen von sozialen Bewegungen im Monatsrhythmus aus dem Amt gejagt werden und sich daher Staatenallianzen in atemberaubendem Tempo ändern, sind internationale Verhandlungen ein äußerst unübersichtliches Gelände.

Wird es gelingen ein funktionsfähiges Gebäude zu errichten, oder steht ein Kollaps globaler Regierens vor der Tür? Trotz der Verabschiedung eines Pakts über internationale Steuern war das vergangene Treffen der G20 in Brasilia wohl das letzte seiner Art. „Ich sehe nicht, dass weiterhin derart exklusive Treffen abgehalten werden können, während die UN-Vollversammlung mit ihren 193 Mitgliedern das Weltfinanzsystem auf eine neue Grundlage stellt“, kommentiert Rayhdan Dash vom South Center, einem Beratungsinstitut für Regierungen aus

dem Süden. Diese Dynamik in den Vereinten Nationen war keineswegs vorgesehen. Lediglich Empfehlungen sollte die von dem Ökonomen Joseph Stiglitz geleitete Kommission für eine neue Weltfinanzarchitektur erarbeiten. Stattdessen brachten vor allem Länder aus dem Süden und Osteuropas überraschend Vorschläge zur Abschaffung hochrisikanter Fonds, sowie für ein neues Weltfinanzsystem in die Generalversammlung ein und setzten sich durch. Dieser Coup geschah jedoch nicht aus heiterem Himmel: Neben der Gründung neuer regionaler Institutionen werden alte Organisationen wie die UN von neuen Dynamiken erfasst. Zudem treten nichtstaatliche Akteure in neuer Form auf: So war ein Schlüssel für die Ereignisse in der UN ein erstes Treffen internationaler Gewerkschaftsspitzen im marrokanischen Rabat und eine Serie von Konsultationen in den folgenden Wochen. „Die Krisenereignisse haben zu einem neuen Selbstbewusstsein von Belegschaften, die um ihre Arbeitsplätze kämpfen, und somit auch bei den Gewerkschaften geführt“, meint Olivier Orsatti, Vizepräsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes IGB. „Unser Ziel ist, bisherige exklusive Clubs wie G20, die OECD und andere aufzubrechen und Gewerkschaften und andere zivilgesellschaftliche Organisationen mit an den Verhandlungstisch zu bringen.“ Kein Zweifel, die Zeiten der Vorherrschaft der G8 sind vorbei, und die G20 waren ein Übergangsmodell. Wir sind in der multipolaren Konstellation angekom-

men. An Schwellenländer wie China und Brasilien und neue Gruppen von kleineren Staaten im Süden führt kein Weg mehr vorbei.

Aber ob die Zukunft den G193 gehört, ist offen. Zu unterschiedlich sind die Vorstellungen.

Multipolar ist aber nicht nur das Verhältnis der Staaten geworden: Internationale Wirtschaftspolitik wird immer stärker auch von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen mit gestaltet. Beide hinterlassen deutliche Spuren bei der Entwicklung der neuen Weltwirtschaft. Während die Welthandelsorganisation mit ihrer Liberalisierungs- und Deregulierungspolitik nur noch ein Schatten ihrer selbst ist, werden Dutzende neuer Handelsabkommen geschlossen, die vor allem regionale Wirtschaftskreisläufe fördern und die Rechte von Beschäftigten verankern. „Zugegeben: Die Situation mit all dieser neuen Handelsabkommen ist ziemlich chaotisch; aber trotz der ökonomischen Einbrüche haben sich die Lebensbedingungen für Millionen Menschen weltweit verbessert“, stellt Marta Pereira, Vize-Präsidentin des internationalen Kleinbauernverbandes Via Campesina aus Ecuador, fest. Statt globalem Handel und Standortkonkurrenz stehen regionale ökonomische Güterversorgung im Vordergrund der neuen Vertragsgeneration. Die alte, vom Norden dominierte Weltwirtschaftsordnung mit dem einen, dem neoliberalen Modell schwindet. Die Umrisse des Neuen zeichnen sich immer deutlicher ab.



Werbung von Nestlé: Das bedeutete bisher bewusste Irreführung der Verbraucher. Für gutes Geld habe ich mich als Prominente hergegeben, um in einer abgebrühten Kampagne von der eigentlich unverantwortlichen Konzernpolitik abzulenken. Für die Konsequenzen dieser Politik habe ich mich nicht die Bohne interessiert. Doch Nestlé und ich mussten aus den politischen und ökonomischen Veränderungen der vergangenen zwölf Monate lernen:

- Sämtliche Kaffees und andere Nestlé-Lebensmittel werden künftig unter dem unabhängigen TransFair-Siegel produziert und verkauft, das den Kaffeebauern und allen anderen Produzenten weltweit faire Preise garantiert.
- Nestlé rückt ab von Gentechnik in Lebensmitteln und entschuldigt sich dafür, dass Ex-Chef Brabeck-Letmathe 2007 deutsche Verbraucher des „Romantizismus“ bezichtigte, weil sie schon immer mehrheitlich Gentechnik ablehnten.
- Nestlé stellt alle Versuche ein, in Ländern des Südens private Rechte an Wasserversorgung und anderen für die Daseinsvorsorge wichtigen Gütern zu erwerben.
- Nestlé entschuldigt sich für die Bespitzelung unserer Kritiker von Attac Schweiz und anderen Organisationen, die 2008 enthüllt wurde. Künftig werden wir konstruktiv mit unseren Kritikern zusammenarbeiten.
- Und ich selbst spende das Honorar, das ich von Nestlé als „Schaumschlägerin“ erhalten habe, an die weltweite Kleinbauern-Organisation „Via Campesina“.

Ihre *Barbara Schöneberger*

Nestlé

Für ein Europa der Bürgerinnen und Bürger

Angela Klein ist Sprecherin der Europäischen Märsche gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung und Ausgrenzung

DIE ZEIT: Europa ist in den letzten Monaten zu einem leidenschaftlichen Diskussionsthema geworden, von der früheren Gleichgültigkeit ist kaum noch etwas zu spüren. Auf mehreren Mai-Demos soll das „soziale Europa“ und der Europäische Vertrag ein prominentes Thema werden. Was ist geschehen?

ANGELA KLEIN: Im vergangenen Oktober stimmten die Iren ein zweites Mal gegen den Lissabonvertrag. Und ein Urteil des deutschen Bundesverfassungsgerichts hatte im Frühjahr 2009 befunden, dass der Lissabon-Vertrag an mehreren Stellen das Grundgesetz in Frage stellt. Deshalb hatte es eine Volksabstimmung angeregt, gegen die sich die Regierenden lange mit Händen und Füßen gewehrt hatten. Das Vertragswerk wurde im März 2010 mit knapper Mehrheit abgelehnt.

DZ: Das war für Sie aber nur ein Etappenziel. Sie machen sich gemeinsam mit vielen Bündnispartnern für ein europaweites Referendum und einen ganz neuen Vertragsprozess stark...

AK: Ja, wir fordern Wahlen zu einem neuen Konvent, der einen neuen Vertrag aushandeln soll. Dafür haben wir eine Petition an den Bundestag verfasst, für die derzeit Unterschriften gesammelt werden. Das bleibt keine deutsche Initiative; in Frankreich wird bereits mit dem Aufbau einer Kampagne für ein europaweites Referendum und für einen neuen Konvent begonnen.

Darin sollen diesmal nicht nur Parteien, sondern auch soziale Bewegungen vertreten sein. Auch die Länder Osteuropas, Kleinasien und Nordafrikas, die bislang nur Kooperationsverträge hatten, sollen sich an den Arbeiten beteiligen.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat den Stabilitätspakt über den Haufen geworfen. Jetzt hat eine intensive öffentliche Auseinandersetzung darüber begonnen, auf welche Grundlagen

Ein neuer Konvent soll das Fundament eines sozialen, ökologischen und friedlichen Europas legen. Ein Gespräch **MIT ANGELA KLEIN.**



das Zusammenleben der Völker in Europa gestellt werden soll. Die meisten Menschen erteilen einer nationalen Abschottung eine Absage.

DZ: Sie arbeiten mit in der Plattform „Für ein anderes Europa demokratisch, sozial, ökologisch und internationalistisch“, die Grundsätze für ein anderes Europa vorgestellt hat. Was sind Ihre wichtigsten Forderungen?

AK: Dazu gehört in erster Linie, dass die Festungsmauern, mit denen die EU sich umgeben hat, geschleift werden. Europa soll ein offener Kontinent werden, der mit den Ländern des Südens solidarische Beziehungen unterhält.

Für alle Personen soll es endlich einen uneingeschränkten freien Verkehr und ein Niederlassungsrecht geben; das Schengener Abkommen wird abge-

schaft. Unsere Forderungen finden immer mehr Fürsprecher aus den Reihen der Kirchen und der Intellektuellen.

DZ: Einige Parteien und Teile des Deutschen Richterbunds fordern, dass das Europäische Parlament alle Rechte und Befugnisse erhält, die auch ein Nationalparlament hat. Gehört das auch zu Ihren Anliegen?

AK: Unbedingt. Es geht vor allem um das Recht der Gesetzesinitiative und das Haushaltsrecht. Die Kommission soll zu einem rein ausführenden Organ degradiert werden.

DZ: Und nun erleben Sie plötzlich ein großes Interesse an der Diskussion und Ihrer Forderung nach einem neuen Konvent...

AK: Das ist wirklich beeindruckend. Die Friedensbewegung konnte mit ihrer Kritik an der im Lissabon-Vertrag festgelegten Verpflichtung der Mitgliedstaaten zur Aufrüstung und zur „Lastenteilung“ mit der Nato in den neuen kolonialen Kriegen erstmals seit Jahren wieder große Ostermärsche auf die Beine stellen. Selbst in den Gewerkschaften ist das traditionell unkritische „Ja“ zu den EU-Institutionen aufgebrochen. Die Urteile des Europäischen Gerichtshofes 2008, dass nationale Tarifverträge für Arbeitskräfte aus dem EU-Ausland nicht verbindlich sind, haben die Gewerkschaften empfindlich getroffen. Positionen, die ein politisches Streikrecht auf europäischer Ebene und die Befähigung zu europaweiten Arbeitskämpfen und Tarifabschlüssen fordern, haben jetzt Auftrieb. Linke Gewerkschaften innerhalb und außerhalb des Europäischen Gewerkschaftsbundes haben einen Fahrplan für eine europaweit koordinierte Kampagne gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf die arbeitende Bevölkerung aufgestellt. Sie haben ihre Forderung nach einer Senkung der gesetzlichen Höchstarbeitszeit in Europa auf 35 Stunden pro Woche und einem europäischen Mindestlohn überall in die Mai-Demos eingebracht. In allen sozialen Fragen soll es eine Angleichung der Standards nach oben geben.

DZ: Vielen Dank für dieses Gespräch!

☞ Mehr zu den europäischen Märschen unter www.euromarches.org/

Opel - Fit für die Zukunft



Nachdem unser Mutterkonzern General Motors (GM) im vergangenen Sommer Konkurs ging, haben wir als Belegschaft alle deutschen Opel-Werke für einen Dollar übernommen. In einem demokratischen Prozess haben wir uns auf neue Unternehmensziele verständigt:

- Erhalt und Ausbau von Arbeitsplätzen
- Abbau von innerbetrieblichen Hierarchien
- Angemessene Gehälter und Gewinnbeteiligung für alle MitarbeiterInnen
- Faire Preise und Bedingungen für alle Zulieferbetriebe
- Umweltverträgliche und zukunftsfähige Produkte
- Unterstützung für unsere Partnerfirmen in Ländern des Südens bei Entwicklung und Bau sinnvoller Mobilitätskonzepte und -produkte

Darüber wachen nun auch Jugend-, Umwelt- und Verbraucherverbände, die in unserem Aufsichtsrat ebenso stimmberechtigt sind wie internationale NGOs als VertreterInnen der Länder des Südens. Wir stellen unsere gesamte Produktion konsequent auf zukunftsfähige Fahrzeuge um: Zum Beispiel auf das aus umweltfreundlichen und recycelbaren Werkstoffen gebaute 1,5-Liter-Familienauto „Opel EFIX“ oder besonders energieeffiziente Nahverkehrs-Triebwagen.

Fit für die Zukunft!
Ihr Opel-Team



Fortsetzung von Seite 1

Zeit der Abrechnung

VON HARALD SCHUMANN

Fortsetzung von Seite 1

Parallel dazu hatte die neue konservative Regierung in London unter dem Druck anhaltender sozialer Proteste bei den lokalen Regierungen der Inseln Guernsey, Jersey und Isle of Man die Einführung der britischen Steuergesetze durchgesetzt. Auch die Steuerfreiheit für die in London ansässigen ausländischen Superreichen wurde aufgehoben. Der daraufhin massiv betriebenen Kapitalverlagerung nach Singapur, Hongkong und die Bermudas sollen die nun gefassten Beschlüsse einen Riegel vorschieben. Vom Ende der organisierten Steuerflucht erwarten die G20-Staaten Mehreinnahmen in Höhe von mindestens 300 Milliarden Dollar jährlich.

Mehr als drei Mal soviel erhoffen sich die Regierungen durch die einmalig zu erhebende Vermögensabgabe. Dagegen hatte sich bis zuletzt vor allem die Bundesregierung gesträubt. Erst nachdem sowohl der chinesische Premier Wen Jiabao als auch US-Präsident Barack Obama intervenierten, hatte die deutsche Seite nachgegeben. Hintergrund der ungewöhnlichen Allianz ist die dramatische Lage der amerikanischen Staatsfinanzen. Mit

einem Haushaltsdefizit in Höhe von mehr als drei Billionen Dollar im vergangenen und laufenden Haushaltsjahr, wird es für die US-Regierung zusehends schwieriger, das dafür benötigte Geld auf den Kapitalmärkten aufzunehmen. Damit einher geht die Furcht vor einer Inflationierung des Dollar. Würde es aber zu einer Flucht aus Dollaranlagen kommen, käme über kurz oder lang das globale Zahlungssystem und damit der gesamte Welthandel zum Stillstand. Gleichzeitig würden China und viele weitere Schwellenstaaten einen großen Teil ihrer Devisenreserven verlieren. So lehre der drohende Staatsbankrott die Regierungen, „was eigentlich schon lange klar war“, kommentierte der Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph Stiglitz die Beschlüsse von Brasilia. Die extrem ungleiche Verteilung von Vermögen und Einkommen – ein Prozent der Weltbevölkerung besitzt fast die Hälfte des globalen Anlagevermögens – sei selbst eine der wesentlichen Ursachen für die Aufblähung der Finanzindustrie gewesen. Nun sei auch für diese Gewinner der falschen Globalisierung „der Tag der Abrechnung gekommen.“

Das Weltgeld kommt

Neues Währungssystem beschlossen / Keynes-Vorschlag setzt sich überraschend durch **VON FLORIAN MORITZ**

Die Vollversammlung der Vereinten Nationen (UN) in New York hat gestern einstimmig die Einführung eines neuen Weltwährungssystems beschlossen. Ziel ist es, die stark schwankenden Wechselkurse verschiedener Währungen zu stabilisieren und globale Ungleichgewichte beim Welthandel abzubauen. Während manche Staaten bislang hohe Exportüberschüsse machen, verschulden sich andere in dramatischer Weise. Solche Unterschiede zwischen den Leistungsbilanzen gelten als eine Ursache der 2007 begonnenen globalen Finanzkrise. Flexible Wechselkurse hatten immer wieder zu Währungsspekulation und heftigen Schwankungen beim Wert der Währungen geführt. Insbesondere ärmere Staaten litten darunter. Wenn ihre Währung nachgab, wurden Kredite aus dem Ausland oft unbezahlbar. Viele häuften Devisenreserven an, um sich vor Schwankungen zu schützen. „Das neue System ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer gerechteren und stabilen Weltwirtschaft“, kommentierte UN-Generalsekretär Ban Ki-moon gestern Abend das Ergebnis der Verhandlungen.

Zentrale „Kontoführung“ und feste Wechselkurse

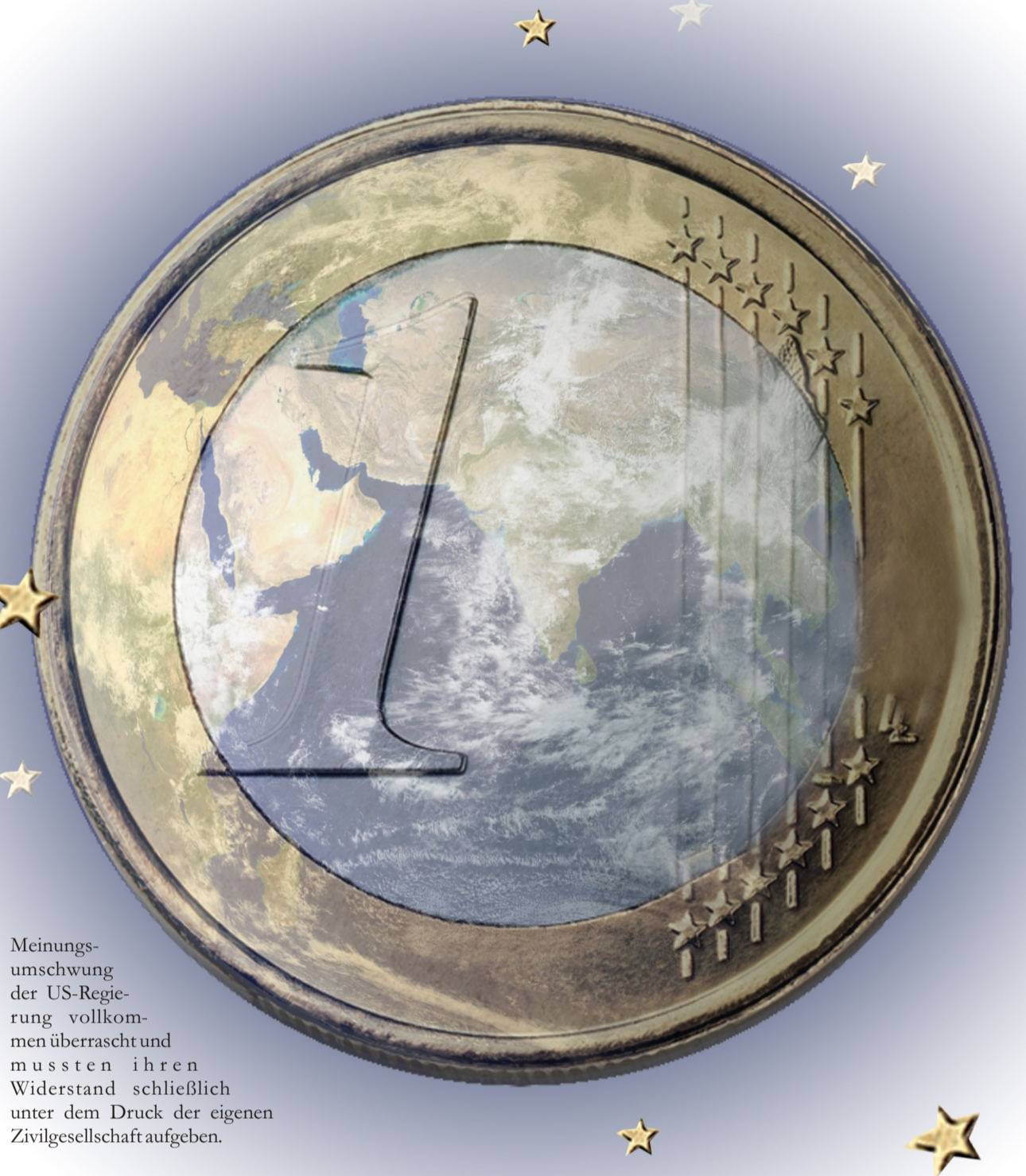
Das neue Währungssystem geht auf ein Konzept zurück, das der britische Ökonom John Maynard Keynes bereits 1944 vorgeschlagen hatte. Kernelement ist eine neue zentrale Behörde – die „International Clearing Union“ (ICU) – über die nationale Leistungsbilanzsaldo (also Überschüsse oder Defizite des gesamten Handels eines Landes) ausgeglichen werden sollen. Jeder Staat unterhält ein Konto bei der ICU, über das alle Buchungen im Rahmen des internationalen Geschäftsverkehrs

abgewickelt werden: Länder, die mehr exportieren als importieren, weisen ein Guthaben auf ihrem Konto aus, Staaten bei denen die Importe überwiegen, ein entsprechendes Soll. Die Abrechnungen erfolgen in einem neu zu schaffenden „Weltgeld“, das nur virtuell im Rahmen der ICU existiert. Diese Weltwährung steht in einem festen Austauschverhältnis zu den nationalen (bzw. regionalen) Währungen – es wird also wieder feste Wechselkurse geben, die nur in Ausnahmefällen angepasst werden.

Strafsteuern gegen Ungleichgewichte

Ungleichgewichte zwischen Netto-Exporteuren und Staaten mit Leistungsbilanzdefizit werden zukünftig durch einen speziellen Mechanismus abgebaut: Sowohl Defizite als auch Guthaben werden mit einer Strafsteuer belegt. Damit werden erstmals auch Überschuss-Länder an den Anpassungskosten beteiligt. Bislang mussten vor allem Länder mit Leistungsbilanzdefizit Sparmaßnahmen einleiten, um die Defizite und damit die Verschuldung im Ausland abzubauen.

Die Einigung bei den UN kam überraschend. Zuvor hatten sich nicht nur die Überschussländer China und Deutschland quer gestellt, sondern auch die USA, die den Dollar als Leitwährung nicht dem neuen Weltgeld opfern wollten. Buchstäblich in letzter Minute kam die US-Regierung unter Barack Obama aber zu dem Schluss, dass ein Abbau des gigantischen US-Leistungsbilanzdefizits mittels einer ICU die für sie billigste Lösung wäre. Die europäischen Regierungen wurden vom



Meinungsumschwung der US-Regierung vollkommen überrascht und mussten ihren Widerstand schließlich unter dem Druck der eigenen Zivilgesellschaft aufgeben.

Ende einer Ära

Wie die Bürgerinnen und Bürger vom Untergang der Privatbanken profitieren **VON LUCAS ZEISE**

Nach der kompletten Verstaatlichung von Commerzbank und Deutscher Bank und nach der Pleite von Sal. Oppenheim von der Bildfläche. Die Kölner Bank hatte vor einigen Jahren, um Steuern zu sparen, ihren Stammsitz ins nahe Steuerparadies Luxemburg verlegt. Doch dann geschah, womit die Bank nicht gerechnet hatte: Die Steueroasen – zumindest die unter der Kontrolle europäischer Regierungen – wurden stillgelegt. Als erster war der Finanzplatz Luxemburg selber dran. Steuern und Bankenaufsicht wurden an das Durchschnittsniveau in Europa angepasst. Die internationalen Banken schlossen ihre Luxemburger Filialen und Fondsverwaltungen. Sal. Oppenheim stand mit dem Rücken zur Wand und ging in die Insolvenz. Dem Bankenverband ging noch 2009 der Präsident verloren. Andreas Schmitz von der Düsseldorfer Privatbank Trinkaus & Burkhardt war erst am 24. März zum Präsidenten gekürt worden. Doch die Düsseldorfer Bank wurde im August geschlossen. Bankenpräsident Andreas Schmitz war plötzlich kein Banker mehr und gab sein Amt auf. Zur Wahl eines neuen Präsidenten kam es nicht mehr. Vier Tage vor der

Bundestagswahl musste Josef Ackermann, der Chef der Deutschen Bank, beim damals noch amtierenden Finanzminister Steinbrück antreten. Die Deutsche Bank war insolvent. Sie konnte nirgends mehr Kapital auf-treiben. Der GAU war da. Die Bundesregierung reagierte mit völlig untypischer Umsicht. Die Bank wurde im Handstreich verstaatlicht. Formell übernahm die Deutsche Bundesbank alle Aktiva und Schulden. Der Vorgang gilt seitdem als Wunder von Berlin. Entscheidend dürfte gewesen sein, dass die Koalitionsparteien im Wahlkampf versprochen hatten, den Banken keinen Cent Steuergeld mehr hinterherzuwerfen.

Die Bankenlandschaft in Deutschland ist übersichtlicher geworden. Neben den Sparkassen und genossenschaftlichen Volksbanken gibt es noch die aus Bundesbank, Deutsche Bank und Postbank entstandene Institution, die nun „Zentralkasse“ heißt. Der Kundenschwund der alten Postbank konnte so gestoppt werden. Beim Bürger ist das Sparbuch wieder modern. Kleinkredite sind leicht erhältlich. Das große Bankgeschäft dagegen stagniert. Der alte Lobby-Verband wird weder gebraucht noch vermisst.

Der alte Lobby-Verband wird weder gebraucht noch vermisst.

Wir können auch anders



Nach dem Besuch des US-Präsidenten Barack Obama in Berlin, der vor dem Brandenburger Tor Hölderlin zitierte („Wo aber Gefahr ist, da wächst auch das Rettende.“), kommentiert der Kabarettist **MATTHIAS DEUTSCHMANN**

Satiriker sind keine Optimisten. Ihre *déformation professionnelle* ist der Zynismus. Aber in jedem Zyniker steckt ein Moralist. Der Moralist versteckt sich im Zyniker, weil er weiß: Zynismus kommt in einer ent-solidarisierten Gesellschaft besser an. Zynismus ist cool.

Moral hat Mundgeruch. Da ist was dran.

Es gibt aber Momente, da kommen dem professionellen Zyniker die Tränen. Da versagen

seine Reflexe. Er lässt sein satirisches Hackebeilchen sinken und wird nachdenklich.

Jetzt, zum Beispiel: Da kommt etwas Neues. Etwas Hoffnungsvolles. Etwas Solidarisches. Das lässt sich nicht so einfach verhackstückten und durch den kabarettistischen Fleischwolf drehen.

Wo kommt das Neue her? Keine Ahnung. Es ist einfach da. Und es ist sehr freundlich. Is that the change we can believe in?

Keine falsche Vorfreude! Der Kapitalismus geht weiter. Aber der Kasinokapitalismus ist am Ende. Die Zeit des Zockens ist vorbei. Das Credo der Spekulanten lautete: „Wenn jeder an sich selbst denkt, ist an alle gedacht!“ Dieser Satz schien schon auf dem Weg ins Grundgesetz. Nachdem eine notgedrungene Solidargemeinschaft dafür gesorgt hat, dass die Spekulanten ihre Zeche schließlich selbst zahlen mussten, ist nun ein neues Selbstbewusstsein entstanden. Nicht die unsichtbare Hand des Marktes hat die Krise beendet. Wir waren es! We, the people! Demokratie ist einfach zu wichtig, um sie dem Parlament und seinen Lobbyisten zu überlassen. Es gibt Dinge im Leben, die muss man einfach selber machen. Zum Beispiel politischen Druck.

Global auf Empfang

Neuer Weltsender überträgt Proteste und Alternativen von allen Kontinenten **VON DANIELA DAHN**

Was nicht auf dem Sender ist, ist nicht. Und was ist, ist oft nicht auf dem Sender. Damit nicht länger ein Dutzend Milliarden, die globale Medienkonzerne besitzen, das Denken der Weltbevölkerung dominieren, ist heute eine neue internationale Fernsehstation auf Sendung gegangen: Social TV. Soziale Bewegungen wie Attac, Gewerkschaften und alternative NGO erheben damit den Anspruch, ihre eigenen Themen auf die TV-Agenda zu setzen.

Es handelt sich um eine Vernetzung von vorhandenen Informationen, Bildern und Filmen, die bisher ein Nischendasein in kleinen, unabhängigen Fernsehsendern, im unübersichtlichen Internet-TV, bei Video on Demand, auf alternativen Websites und Filmfestivals, in

elektronischen Zeitungen und Blogs gefristet haben und schwer zu finden sind.

Die interessantesten Quellen aus dem Chaos des Internets und der Sender wurden nun zu einem linksalternativen Nachrichtenpool vereint. Aus diesem farbenprächtigen Bouquet aus Gegeninformationen können sich unabhängige, nichtkommerzielle Sender und Internetportale bedienen.

Aber auch jeder Zuschauer kann aus Social TV eine Art „CNN von unten“ machen: Er lädt das Angebot auf seinen großen Fernsehbildschirm, auf Laptop oder Handy. Zeitversetzt sind aufgezeichnete Sendungen abrufbar.

Demnächst sollen sich Nutzer sogar aus einem 24-Stunden-Stream nach individuellen Wünschen ihren eigenen Kanal zusammenstellen

können. Dafür muss einmalig eingegeben werden, in welchem Verhältnis welche bevorzugten Themen in welchen Sprachen ausgewählt werden sollen. Dann wird aus dem vorhandenen Pool automatisch das Bestellte herausgesucht.

Im Übrigen sind für den Sender wegen seiner spezifischen Arbeitsweise nur wenige Redakteure und ein überschaubares Startkapital nötig. Eine Kooperation besteht mit Telesur, dem ersten antihegemonialen Telekommunikationsprojekt der Staaten Venezuela, Argentinien, Kuba und Uruguay. Unabhängige Filmemacher aus Moskau und Peking stehen unter Vertrag. Im Inland steuert die IG-Metall ein Portal zum Studium des Kapital bei und ver.di ein eigenes streik.tv.

Der Sender nimmt seine Arbeit in einer ereignisreichen Zeit auf. Rund

um den 1. Mai finden in aller Welt Protestaktionen und in vielen Ländern politisch motivierte Streiks statt. Im Zentrum der Protesttage und der ersten Sendungen stehen die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und die Überwindung der Arbeitslosigkeit. Die brasilianische Landlosenbewegung MST hat weitere friedliche Besetzungen von Brachland angekündigt, das genossenschaftlich bewirtschaftet werden soll.

Die erste Sendung von Social TV wird sich außerdem dem Zusammenschluss von Opfern der Immobilienkrise in den USA widmen: Die ehemaligen Besitzer sind zurückgekehrt und halten zu Hunderttausenden ihre einstigen Häuser besetzt. Andere haben in der Nacht ihre Zelte in den Vorgärten reicher Villenbesitzer aufgebaut, um gegen die anhaltenden Zwangsraumungen zu protestieren.

Wege aus der Schuldenfalle

Als erstes Land durchläuft Ecuador erfolgreich das neue Schiedsverfahren für verschuldete Staaten

VON IRENE KNOKE

Ecador sind 90 Prozent seiner Schulden erlassen worden. Damit hat der südamerikanische Staat als erstes Land weltweit von dem neuen Schiedsverfahren für eine faire Entscheidung nach dem Vorbild eines Insolvenzverfahrens profitiert. Erstmals waren alle Gläubiger eines Landes zusammengekommen und hatten eine Woche lang unter Leitung des ehemaligen Chefökonom der Weltbank, Joseph Stiglitz, um eine faire Lösung gerungen. Ecuadors Präsident Rafael Correa kündigte an, das frei werdende Geld für die bereits begonnenen Programme zur sozialen Sicherung und den Schutz des Regenwaldes verwenden.

Ecuador hatte bereits Ende 2008 Zahlungen auf Forderungen eingestellt, die eine Regierungskommission als illegitim eingestuft hatte: Ein Großteil der Kredite war für unwirtschaftliche und ökologische Großprojekte vergeben worden, von denen allein multinationale Konzerne profitiert hatten. Andere waren unter unlauteren Bedingungen dem Land von privaten Gläubigern aufgezwungen worden. Diese Forderungen wurde nun entweder erlassen oder neu geregelt. Der größte Teil der Schulden wurde dabei zu Gunsten ecuadorianischer CO2-Bonds eingetauscht. Damit wird ein von Ecuador seit 2008 propagierter Plan umgesetzt: Das Land verzichtet auf die Ölförderung in einem der wichtigsten Bioreservate der Erde und erhält dafür von der internationalen Gemeinschaft rund die Hälfte der entgangenen Einnahmen als Ausgleichszahlungen.

Nach dem erfolgreichen Schiedsverfahren für Ecuador wird nun über eine institutionelle Schiedsstelle unter dem Dach der Vereinten Nationen verhandelt. Grundlage für alle Entschuldungsverfahren sollen eine neutrale Schiedsinstanz und der Vorrang für menschliche Entwicklung, Ernährungssouveränität und Umweltschutz sein. Gerade die ärmsten Länder können dann mit einem vollständigen Schuldenerlass rechnen. Für diese Länder, die teilweise im Zuge der Finanzkrise in eine neue Schuldenfalle geraten waren, gilt bereits ein Schuldenmoratorium. Angesichts der hohen Schuldenbelastungen hatten sie die notwendigen Investitionen in Bildung und Gesundheit nicht mehr leisten können: Lehrer erhielten keine Gehälter mehr, Medikamente fehlten und die Infrastruktur verkümmerte. Vielerorts waren wieder Schulgebühren eingeführt worden. Viele Länder haben nun in Erwartung der neuen Entschuldung bereits mit groß angelegten Programmen zur Armutsbekämpfung begonnen.

Illegitime Schulden, wie die so genannten Diktatorschulden, werden unabhängig von diesem Schiedsverfahren sofort gestrichen. Derzeit prüft eine UN-Kommission die Anträge von insgesamt 43 Ländern.

Demonstrationen

Samstag, 28. März 2009

Internationaler Aktionstag zum Welt-Finanzgipfel

Frankfurt

Auftakt 12 Uhr, Hauptbahnhof und Bockenheimer Warte, Abschluss 15 Uhr Römerberg

Berlin

Auftakt 12 Uhr, Rotes Rathaus, Abschluss 15 Uhr Gendarmenmarkt

Für eine solidarische Gesellschaft

www.28maerz.de

www.kapitalismuskrise.org

Wir zahlen NICHT! für eure KRISE!

28. März 2009

Diese Plakate motivierten 2009 Tausende zu einer politischen Einmischung inmitten der Wirtschaftskrise

„Der 28. März ‘09 wurde für mich zum Signal für den Aufbruch!“

Anita Bauer, 34 Jahre, arbeitete bis 2008 als Zeitarbeiterin der Firma Adecco bei Ford. Sie verlor im November 2008 ihre Anstellung als eines der ersten „Krisenopfer“. Im Mai 2009 wurde sie zur gefragten Rednerin bei Protestkundgebungen, auch am 1. Mai wird sie auf einer Bühne in Berlin sprechen. Mit ihr sprach Jutta Sundermann.

DZ: Frau Bauer, Sie bezeichnen den 28. März letzten Jahres als einen persönlichen Wendepunkt. Warum?

AB: Ich war Ende 2008 ziemlich fassungslos über meine Entlassung. Ich hatte, wie viele andere auch, fest mit einer Übernahme bei Ford gerechnet und immer ohne Murren Überstunden gemacht. Und plötzlich war nicht nur Schluss mit der Arbeit in der Fertigung, sondern auch bei der Leiharbeitsfirma. Ich habe mich daraufhin wochenlang eingeeigelt und nur ab und zu noch alte Kollegen getroffen. Im Februar hat mich einer

mitgenommen zu einer Veranstaltung über die Wirtschaftskrise. Da wurde von den Demos am 28. März geredet. Ein tolles Motto hatten die: „Wir zahlen nicht für Eure Krise!“. Außerdem sollten die Profiteure für die Folgen der Krise einstehen. Ich war skeptisch. „Die da oben machen doch sowieso, was sie wollen“, dachte ich. „Die kriegen ihre Schäfchen immer ins Trockene. Wir aber sitzen plötzlich da als Hartz-IV-ler und dann hören wir noch, wir seien die Schmarotzer.“ Aber am nächsten Tag erzählte auch meine Nachbarin von den Demos. Und wir haben beschlossen, zusammen hin zu fahren. Und dann wurde der 28. März für mich zum Signal für den Aufbruch!

DZ: Wie kam das? Es hatte doch schon größere Demonstrationen in Deutschland gegeben.

AB: Das war für mich wie ein gordischer Knoten. Ich habe mich getraut, den durchzuhaufen und habe

gemerkt, dass ich nicht allein damit war: Ich habe nicht mehr gedacht, ich könnte nichts tun. Tausende andere sind auch gekommen. Alle hatten eine große Wut im Bauch, auf die Banker, auf die Politiker und auf deren Berater. Die Leute waren nicht mehr bereit, den Berliner Zirkus, das was die da Krisenmanagement nannten, als einzige Möglichkeit zu akzeptieren. Ich habe viel mitbekommen in Frankfurt. Dass auf der ganzen Welt an diesem Tag Aktionen statt fanden. Dass es in einigen Betrieben große Diskussionen gab, ob die Belegschaft nicht lieber selbst das Ruder übernehmen sollte. Dass viele Menschen anderen geholfen haben, die Tickets zur Demo zu bezahlen. Dass es viele Vorschläge gibt, wie Reichtum umverteilt werden müsste. Und dass wir schon wegen der Klimakrise weltweit gemeinsam Alternativen suchen müssen. Ich glaube, an dem Tag haben viele das Gefühl verloren, wie Kaninchen vor

dieser Krisen-Schlange zu sitzen.

DZ: Und Sie wurden selbst zu einem der Gesichter der Bewegung?

AB: Ja, kurz danach fing das an – über die Gewerkschaft wurde ich, weil ich betroffen bin, als Rednerin zu einer Kundgebung am 1. Mai eingeladen. Natürlich war ich beim ersten Mal sehr aufgeregt, als ich vor vielen Menschen sprechen sollte. Aber ich habe gemerkt, dass ganz viele wie ich denken. Die Menschen in den Betrieben trauen sich immer mehr. Die Arbeitslosen aber auch. Immer mehr Ausländerinnen und Ausländer sind bei den Veranstaltungen dabei und machen sie stärker und bunter. Und als uns die Schülerinnen und Schüler im Juni vorgemacht haben, was richtig große Demonstrationen sind, war ich völlig begeistert.

Mehr zu den Protesten und viele weitere Informationen unter www.attac.de

Mehr zur Lösung der Schuldenfrage unter www.erlassjahr.de